

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn/Frau Mustermann
Platz der Republik 1
11011 Berlin

12. März 2019

Vor-Ort-Apotheken: Rückgrat der flächendeckenden Arzneimittel-Versorgung in Deutschland

Sehr geehrte(r) Herr/Frau Mustermann,

das Thema „Apotheken-Reform“ ist derzeit Gegenstand intensiver politischer Diskussionen. Auf dem Spiel steht nicht weniger als die flächendeckende Arzneimittel-Versorgung durch die Vor-Ort-Apotheken in Deutschland. Insbesondere geht es nach wie vor um die Frage, wie mit den Folgen des Urteils des Europäischen Gerichtshofs aus dem Jahr 2016 umzugehen ist, nach dem sich ausländische Arzneimittel-Versender nicht mehr an das deutsche Preisrecht halten müssen.

Vor-Ort-Apotheken als soziale Infrastruktur

Apotheken gehören wie Arztpraxen, Schulen, Feuerwehr und Polizei zur sozialen Infrastruktur. Sie sind im Gesundheitswesen niedrigschwellige, erste Anlaufpunkte für medizinischen Kontakt und persönliche Beratung. Das ist eine Funktion, deren Bedeutung gerade in einer rapide alternden Gesellschaft nicht überschätzt werden kann.

Darüber hinaus ist jedes in Deutschland zugelassene und verfügbare Arzneimittel über die Vor-Ort-Apotheken sofort oder innerhalb weniger Stunden erhältlich – schneller als in jedem Versandhandel. Ohne Übertreibung steht dahinter eine logistische Meisterleistung, über die sich mancher erst dann Gedanken machen wird, wenn es sie nicht mehr gibt.

Und nicht zuletzt versorgen Vor-Ort-Apotheken die Bevölkerung auch an Sonn- und Feiertagen, liefern in aller Regel bei Bedarf Arzneimittel auch nach Hause und ersparen damit gerade alten und kranken Menschen manchen Weg.

Es ist daher kein Wunder, dass eine repräsentative Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung im Jahr 2018 ergab, dass sich über 98 Prozent der Menschen im Krankheitsfall eine Apotheke in erreichbarer Nähe wünschen.

Gefährdung der Vor-Ort-Apotheken durch ausländischen Versandhandel

Gleichzeitig ist die flächendeckende Versorgung durch Vor-Ort-Apotheken noch nie so gefährdet gewesen, wie es gegenwärtig der Fall ist.

Eine der Ursachen ist der ausländische Versandhandel, industriell geprägt und durch Investorengelder befeuert, der durch aggressives Wachstum alles daran setzt, Marktanteile zu gewinnen und der durch das besagte Urteil des Europäischen Gerichtshofs weiter gestärkt wurde.

Schon heute können die Versender im Bereich der apothekenpflichtigen Arzneimittel einen Marktanteil von rund 13 bis 17 Prozent für sich verbuchen. Prognosen besagen, dass dieser Anteil bereits im Jahr 2023 bei rund 30 Prozent liegen wird.

Im verschreibungspflichtigen Bereich ist das Wachstum noch verhalten. Der Marktanteil liegt derzeit bei etwa 1,5 Prozent.

Dies ist aber kein Grund zur Entwarnung, denn es ist damit zu rechnen, dass das Wachstum auch im verschreibungspflichtigen Bereich mit Einführung des elektronischen Rezepts und den dadurch verkürzten Bestell- und Lieferzeiten rapide zunehmen wird.

Wie der Gesundheitsökonom Prof. Dr. Uwe May und weitere Gutachter in einer detaillierten Untersuchung festgestellt haben, kostet im verschreibungspflichtigen Bereich bereits ein Versandhandels-Marktanteil von nur 10 Prozent ca. 2.000 Vor-Ort-Apotheken die Existenz. Darunter werden sich ca. 700 bis 800 Betriebe befinden, die als sogenannte Solitär-Apotheken im Umkreis von mindestens 5 Kilometern keine weitere Apotheke in der Nachbarschaft haben.

In jedem Fall ist es das erklärte Ziel der ausländischen Versender, sowohl bei den verschreibungspflichtigen als auch bei den apothekenpflichtigen Arzneimitteln weitere Marktanteile zu gewinnen. Das ist auch nachvollziehbar, denn nur mit einer derartigen Wachstumsstory lassen sich die Investoren motivieren, Risikokapital in die Zerstörung der bestehenden Strukturen zu investieren.

Das alles geschieht auf Kosten der sozialen Infrastruktur der Vor-Ort-Apotheken, einer Infrastruktur, die derzeit noch zu den besten der Welt gehört. Ausländische Versender sind nicht Teil der Lösung, wie so oft behauptet wird, sondern sie sind Teil des Problems. Denn sie entziehen Vor-Ort-Apotheken die Umsätze, die diese dringend brauchen, um ihre Aufgaben für die Bevölkerung erfüllen zu können.

Dabei ist die Zahl der Vor-Ort-Apotheken schon seit Jahren rückläufig. Sie befindet sich derzeit auf dem tiefsten Stand seit drei Jahrzehnten und fällt immer schneller. Auch im europäischen Vergleich liegt die Zahl der Apotheken in Deutschland bereits deutlich unter dem Durchschnitt.

Um das Ausmaß dieses Rückgangs zu visualisieren, haben wir eine animierte Deutschlandkarte veröffentlicht, die Schließungen der letzten drei Jahre zeigt und die wir ab sofort ständig aktualisieren werden.

Sie finden diese Karte unter der Domain www.apotheken-sterben.de.

Versandverbot für verschreibungspflichtige Arzneimittel: wirksam und angemessen

Vor diesem Hintergrund ist es aus unserer Sicht völlig unverständlich, dass von politischer Seite in den letzten Jahren praktisch nichts unternommen wurde, um die soziale Infrastruktur der Vor-Ort-Apotheken schnell, wirksam und vor allem zukunftssicher zu schützen.

Im Gegenteil verstärkt sich mittlerweile der Eindruck, dass es wichtiger ist, die Geschäftsmodelle der ausländischen Versender nicht zu beschädigen, als dafür Sorge zu tragen, dass insbesondere alte und kranke Menschen auch in Zukunft durch Vor-Ort-Apotheken in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft persönlich versorgt werden können.

Auch unter dem Gesichtspunkt des Patientenschutzes ist die Vorzugsbehandlung für ausländische Versender nicht zu verstehen.

Während der klassische Lieferweg „Pharmazeutischer Hersteller – Großhandel – Vor-Ort-Apotheke“ seit Erlass der Europäischen GDP für sämtliche Arzneimittel (nicht nur kühlpflichtige!) temperaturgeführt in speziellen Fahrzeugen erfolgen muss und die Marktbeteiligten hierfür Investitionen in Millionenhöhe tätigen, spielt es offensichtlich keine Rolle, wenn der Versandhandel seine Arzneimittel auch im Hochsommer tagelang per einfachem Postversand befördert.

Dazu kommt, dass Vor-Ort-Apotheken lokal eingebunden sind, zur Belebung der Innenstädte beitragen, Arbeitsplätze bieten und als kleine und mittelständische Betriebe Steuern in ihrem Gemeinwesen zahlen. All das gilt für ausländische Versender nicht.

Um die Zukunft der Vor-Ort-Apotheken mit all ihren Dienstleistungen und Vorteilen für die Bevölkerung zu sichern, wäre die einzig richtige, dem Wohl der Patienten in Deutschland verpflichtete Reaktion, mit sofortiger Wirkung ein Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Artikeln auszusprechen. Ein Verbot, dass es derzeit bereits in 21 von 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union gibt.

Sofern man sich hierzu nicht durchringen kann, wäre als zweitbeste Lösung zumindest die vollständige Wiederherstellung der Gleichpreisigkeit für rezeptpflichtige Arzneimittel in Deutschland durchzusetzen. Warum auch sollte es ausländischen Arzneimittelversendern gestattet sein, die Preise der deutschen Vor-Ort-Apotheken zu unterbieten, wenn damit mittelfristig die soziale Infrastruktur der Arzneimittelversorgung zerstört wird?

Keine stichhaltigen Gründe gegen ein Versandverbot für verschreibungspflichtige Arzneimittel

Zur Begründung, die naheliegende, einfache und wirksame Lösung eines Versandverbots für verschreibungspflichtige Arzneimittel nicht zu verfolgen, werden von den Unterstützern der ausländischen Versender im Wesentlichen zwei Gründe angeführt:

Erstens soll es der Bevölkerung weiterhin ermöglicht werden, manche Arzneimittel im ausländischen Versandhandel günstiger zu erwerben als in der deutschen Vor-Ort-Apotheke („Spar“-Argument).

Dieses Argument trägt aber nur dann, wenn zugleich akzeptiert wird, dass die mit den Bestellungen verbundene Umsatzverlagerung hin zu ausländischen Versendern die Zerstörung der Infrastruktur der Vor-Ort-Apotheken fördert.

Zudem dürfte sich die vorgebliche Preiswürdigkeit des Versandhandels schnell erledigen, wenn dieser erst eine marktbeherrschende Position erreicht hat.

Denn heute nutzen die Großversender niedrige Preise zur Eroberung von Marktanteilen in Deutschland. Diese Vorgehensweise führt aktuell bei fast allen ausländischen Versendern zu Verlusten in Millionenhöhe.

Es liegt auf der Hand, dass diese Verluste nach dem Erreichen einer entsprechenden Marktposition kompensiert werden sollen und dass dann eine entsprechende Anhebung der Preise erfolgen wird.

Somit wird der kurzfristige finanzielle Vorteil für einige Besteller erkaufte mit einer hochgradigen Gefährdung der Vor-Ort-Apotheken. Oder anders ausgedrückt: Der Vorteil einiger weniger führt zu Nachteilen für diejenigen Teile der Bevölkerung, die auf die Versorgung durch Vor-Ort-Apotheken angewiesen sind.

Zweitens soll es den Menschen im Zeitalter des Internets auf keinen Fall verwehrt werden, Arzneimittel von zu Hause aus online zu bestellen und sich nach Hause liefern zu lassen („Modernitäts“-Argument).

Dies ist in vielen Vor-Ort-Apotheken jedoch bereits heute mit Hilfe des Botendienstes möglich, so dass für den „Service“ der ausländischen Versender bei genauer Betrachtung überhaupt kein Bedarf besteht.

Darüber hinaus arbeitet unsere Genossenschaft derzeit im Verbund mit Apotheken daran, Kunden und Patienten ihre Bestellungen bundesweit über eine zentrale Bestellplattform in allen Vor-Ort-Apotheken zu ermöglichen. Damit können die erheblichen Vorteile der Vor-Ort-Apotheke – nämlich wohnortnahe, persönliche Beratung und schnellste Warenverfügbarkeit – mit dem Wunsch der Menschen verbunden werden, ihre Arzneimittel im Internet zu beziehen.

Diese Plattform wird erstmals im April 2019 online gehen. Allerdings wird sie ohne Frage eine gewisse Zeit benötigen, um den notwendigen Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung zu erreichen. Industriell aufgestellte Versender wie DocMorris oder die Shop-Apotheke sind uns hier weit voraus.

Gerade auch vor diesem Hintergrund wäre ein Versandverbot zumindest für verschreibungspflichtige Arzneimittel vernünftig und zielführend:

Die zukünftige gemeinsame und bundesweite Bestellplattform der Vor-Ort-Apotheken erhielte eine reelle Chance, der Bestellweg über das Internet bliebe den Menschen erhalten und gleichzeitig würde die Zukunft der Vor-Ort-Apotheken wirksam gesichert.

Keine stichhaltigen Gründe, ausländische Versender zu Lasten der deutschen Vor-Ort-Apotheken zu unterstützen

Nach alledem bitten wir Sie, bei Ihren Entscheidungen, die im Zusammenhang mit einer geplanten Apotheken-Reform fallen, zu berücksichtigen,

- dass Vor-Ort-Apotheken – und eben nicht die ausländischen Versender – in unseren Dörfern und Städten das Rückgrat der Versorgung der Menschen mit Arzneimitteln sind,
- dass sich die übergroße Mehrzahl der Menschen in Deutschland Vor-Ort-Apotheken in erreichbarer Nähe wünschen,
- dass ausländische Versender zur Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Arzneimitteln objektiv nicht benötigt werden,
- dass Vor-Ort-Apotheken gegenüber ausländischen Versendern schon seit geraumer Zeit deutlich benachteiligt werden
- und dass die soziale Infrastruktur der Vor-Ort-Apotheken, ist sie erst einmal zerstört, so schnell nicht wieder aufgebaut werden kann.

Bitte setzen Sie sich daher für das Versandverbot rezeptpflichtiger Arzneimittel ein, zumindest aber für die nachhaltige Wiederherstellung der Gleichpreisigkeit rezeptpflichtiger Arzneimittel.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Hinweise Ihre Beachtung finden würden – ganz im Sinne der Patienten in Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen

NOWEDA



Dr. Michael P. Kuck
Vorstand